

Walliser Bote



Damiano Dimasi
Der Kalabrese mischt am Visper Kaufplatz die Beizenszene weiter auf. **Seite 5**

Dienstag, 17. Oktober 2023

AZ 3930 Visp | Nr. 241 | 183. Jahrgang | Leserinnen und Leser: 41 000 | Fr. 3.50 walliserbote.ch

Ein neuer Schlachthof für das Oberwallis

Landwirtschaft Im Oberwallis muss ein neuer Schlachthof gebaut werden. Ansonsten droht ein Szenario, dass die Tiere ausserkantonale geschlachtet werden müssen. Das ist für die Tiere nicht gut, aber auch nicht für die Herstellung von Trockenfleisch und anderen Spezialitäten. Doch damit ein neuer Schlachthof gebaut werden kann, müssen Landwirte sich zum Projekt bekennen. **Seite 2**

Pickel und Schaufel stiften Unruhe

Tourismus Wird ein historischer Weg zwischen dem Märjelensee und der Fiescheralp verschandelt? Ja, glaubt der Präsident des Vereins Netzwerk Landschaftspark Binnental. In einer Mail an diverse Akteure äussert er Kritik. Arbeiten am Weg seien ohne Bewilligung ausgeführt worden. Die Verantwortlichen kontem. **Seite 3**

Murat Yakin und die Fragezeichen

Fussball Die Schweizer Nati blamierte sich gegen Weissrussland, die EM-Qualifikation ist kein Selbstläufer mehr. Die Leistungen der Nationalspieler werfen Fragen auf, auch die eine: Ist Murat Yakin noch der geeignete Trainer für diese Mannschaft? Es darf zumindest infrage gestellt werden. **Seite 13**

Ein Schweizer leitet die UNO-Mission

Ausland Eine israelische Bodenoffensive in den Gazastreifen dürfte kurz bevorstehen, während es an der Grenze zum Libanon zu Gefechten zwischen der israelischen Armee und der Hisbollah-Miliz kommt. Patrick Gauchat leitet die dortige Beobachtungsmission. **Seite 19**

Wohnungsmarkt lässt Bedürftige im Oberwallis verzweifeln

Die Situation auf dem Wohnungsmarkt im Oberwallis ist angespannt. Am härtesten trifft es von Armut betroffene Menschen. **Seiten 6/7**



Sozialhilfeempfänger haben bei der Wohnungssuche schlechte Karten.

Symbolbild: pomona.media

Kommentar

Herumreden und herummogeln

Die Wohnungsnot im Oberwallis spitzt sich zu. Sozialhilfeempfänger finden keine bezahlbaren Wohnungen mehr. Das treibt Bedürftige in aussichtslose Situationen. Wenn immer mehr Menschen aus dem Mittelstand in die Armut abrutschen, birgt das gesellschaftspolitischen Sprengstoff. Die Sozialhilfeempfängerin Lisa M. sagt: «Bitte sehen Sie mir nach, dass ich mir manchmal Fragen stelle, wenn ich sehe, welche Hilfen Menschen aus der Ukraine in Anspruch nehmen können.» Das ist Wasser auf die Mühlen von fremdenfeindlichen Parteien. Am anderen Ende der politischen Skala erhebt man sich über Ausdrücke wie «falsche Zuwanderer» – aber Lisa M. wird dadurch nicht geholfen.

In Deutschland hat sich der Ton zum Thema Zuwanderung bereits verschärft. «Jetzt steht eine Frage im Raum, um die sich viele im Land in den letzten Jahren gedrückt, herumgemogelt haben: Wie vielen Menschen kann ein Land Schutz bieten, wie viele kann es aufnehmen, ohne selbst ins Wanken zu geraten, die innere Stabilität zu verlieren?», fragt das Magazin «Der Spiegel». Weltweit sind laut UNHCR mehr als 108 Millionen Menschen auf der Flucht. Wie bleibt man als Gesellschaft, als Demokratie human und trotzdem stabil? Wie bleibt man offen und zugleich realistisch? Diese Fragen müssen westliche Länder möglichst bald beantworten. Fremdenfeindlichkeit oder eine blauäugige Alle-haben-Platz-Mentalität werden die Probleme nicht lösen. Jetzt braucht es eine offene, differenzierte Diskussion jenseits der politischen Stimmungsmache.



Nathalie Benelli

n.benelli@mengisgruppe.ch

ANZEIGE

www.neowallis.ch

Liste Nr. 28



«Wie um alles in der Welt soll ich im Oberwallis eine Wohnung für 700 Franken finden?»

Lisa M. ist Sozialhilfeempfängerin. Sie hat von der Gemeinde eine Verfügung erhalten und soll eine Wohnung von 700 Franken finden. Seither kann sie nicht mehr schlafen.

Nathalie Benelli

Lisa M. sitzt gebeugt über ihrem Computer und durchsucht die Oberwalliser Immobilienportale. Ihre Stirn ist in Falten gelegt. In Sorgenfalten. Denn sie hat per Post eine Verfügung von der Gemeinde erhalten. Darin steht: «Bis zum 31. Dezember 2023 müssen Sie sich nach einer günstigeren Wohnung umsehen. Ansonsten sind ab dem 1. Januar 2024 die zusätzlichen Kosten von 800 Franken selber zu bezahlen.»

Eine Wohnung für 700 Franken Miete im Monat zu finden, ist im Oberwallis bei dem angespannten Wohnungsmarkt keine einfache Angelegenheit. «Sie müssen dem SMZO monatlich Suchnachweise von zehn Wohnungen vorweisen», fordert die Gemeinde von Lisa M. «Ich klappere täglich alle Immobilienportale ab. Aber für 700 Franken sind nicht einmal mehr Studios zu finden», sagt sie. Also wird Lisa M. ab dem 1. Januar 2024 für die Miete ihrer 1500 Franken kostenden 3½-Zimmer-Woh-

nung 800 Franken selbst berapen müssen. Aber womit? Das Geld ist schon so knapp. Diese Frage lässt sie nachts wach liegen. Sie weiss nicht mehr, wie es weitergehen soll.

Nie grosse Sprünge gemacht

Lisa M. ist Oberwalliserin. Sie hat ihr Leben lang im Service gearbeitet. «Ich konnte nie grosse Sprünge machen oder viel Geld auf die Seite legen, aber es hat immer gereicht», sagt sie. Vor vier Jahren wurde die 50-Jährige Opfer eines Unfalls. Fünf Ope-

rationen später hat sie immer noch starke Schmerzen in den Beinen und im Rücken. Als sie das Rehabilitationszentrum verlassen konnte, suchte sie sich eine Arbeit, die sie sitzend ausführen konnte. Als eine weitere Operation nötig wurde, zitierte sie der Arbeitgeber zu einem Gespräch. Ihr wurde gekündigt. «Seither bin ich auf Sozialhilfe angewiesen», sagt Lisa M.

Lisa M. hat gelernt, mit sehr wenig Geld auszukommen. «Ich ernähre mich vorwiegend von Bananen, Kartoffeln und Polen-

ta», sagt sie. Fleisch und Gemüse gebe es nur, wenn sie stark abgeschriebene Waren finde. Die Haare schneide sie sich selbst, um sich den Gang zum Coiffeur zu ersparen. Aus alten Textilien näht sie sich Kleider. Am öffentlichen Leben nimmt sie schon lange nicht mehr teil. «Das kann ich mir nicht leisten», sagt sie. Überhaupt meide sie Menschen, denn sie schäme sich, über ihre Situation zu sprechen, und sie könnte es sich ja gar nicht erlauben, mit jemandem einen Kaffee trinken zu gehen.

Die Natur ist ihr einziger Ausgleich. «Am liebsten fahre ich mit meinem alten Auto irgendwohin, wo es wenig Menschen gibt. Da betrachte ich die Natur und laufe ein bisschen und mache Turnübungen, damit meine Rückenschmerzen erträglich bleiben», erzählt Lisa M. Doch damit ist nun auch bald Schluss. Denn das Sozialamt forderte sie auf, ihr Auto unverzüglich zu verkaufen. Sie sei im Besitz eines kleinen Personenwagens, hiess es im Brief der Sozialhilfe-

Für Sozialhilfeempfänger sind Wohnungs-

Wohnungsnot der Bedürftigen spitzt sich dramatisch zu

Der Sozialdienst des SMZO rückt die Wohnungsnot Bedürftiger ins Zentrum. Mit gutem Grund.

Nathalie Benelli

Bezahlbare Wohnungen werden im Oberwallis immer weniger. Zwischen Juni 2020 und Juni 2023 ist die Anzahl verfügbarer Mietwohnungen im Wallis gemäss Bundesamt für Statistik von 4202 auf 2583 gesunken. Das heisst, es sind 32 Prozent weniger Wohnungen verfügbar. Gleichzeitig sind die Mieten innerhalb von vier Jahren um fünf Prozent gestiegen. Was Menschen aus der Mittelschicht noch wegstecken können, wird für Sozialhilfeempfänger zum Problem: Sie finden keine bezahlbaren Wohnungen mehr.

Und es kommt noch schlimmer. Die Energiepreise steigen. Das treibt die Nebenkosten in die Höhe. Zudem stieg der Referenzzinssatz im Juni dieses Jahres von 1,25 auf 1,5 Prozent und wird bis im Jahr 2025 noch um weitere 0,5 Prozent ansteigen. Die Mieten könnten dadurch also noch teurer werden. Die Bundessubventionen, mit denen im Wallis

rund 1500 Wohnungen verbiligt wurden, wurden im Sommer 2023 abgeschafft. Das bedeutet, dass diese Wohnungen, die für Bedürftige bestimmt sind, auf einen Schlag um einige Hundert Franken teurer werden. Diese Zahlen gehen aus einem wissenschaftlichen Dokument hervor, das die HES-SO im Auftrag des Kantons erstellt hat.

Uli Truffer, Teamleiter und stellvertretender Bereichsleiter Soziales beim SMZO, sagt: «Wenn sich in der Gesellschaft etwas verändert, sind oft Menschen in ärmlichen Verhältnissen als Erste davon betroffen.» Der Sozialdienst des SMZO habe schon vor zwei Jahren Gemeinden darauf hingewiesen, dass sich die Wohnungsnot im Oberwallis verschärfe. «Früher ging es noch darum, bezahlbaren Wohnraum zu finden, jetzt geht es darum, überhaupt eine Wohnung zu finden», sagt Uli Truffer.

Jasmine Gnesa, Sozialarbeiterin SMZO, hat sich im Rahmen ihrer Masterarbeit ebenfalls mit

der Wohnungsnot im Oberwallis befasst. Sie sagt: «Das Thema der Obdach- und Wohnungslosigkeit ist dem Oberwalliser Sozialdienst längst bekannt. Den Fachpersonen fehlen aber die notwendigen Mittel, um Betroffene angemessen und professionell unterstützen zu können.»

Lücke im Gesetz

Im Kanton Wallis sei die Gewährleistung einer (Not-)Unterkunft bei Anspruch auf Sozialhilfe gesichert, was jedoch kein Recht auf Wohnen garantiere. «Die erste grosse Lücke zeigt sich also bereits in der Gesetzgebung», sagt Jasmine Gnesa.

Das Problem der Obdach- und Wohnungslosigkeit würde seitens der Gemeinden immer noch vereinzelt oder als Seltenheit wahrgenommen, obwohl gemäss den Fachstellen die Fälle immer mehr ansteigen. «Sowohl im Oberwallis als auch in der übrigen Schweiz fehlen Datenerhebungen und entsprechende Studien», sagt sie. Solange ein

soziales Problem nicht in Statistiken sichtbar sei, bleibe der politische Handlungsdruck tief. Jasmine Gnesa betont: «Diese Datenerhebungen wären enorm wichtig, um die Politik für das Thema zu sensibilisieren.»

Trotz der im Oberwallis massiv gestiegenen Mieten verlangen Gemeinden von den Sozialhilfeempfängern immer noch, dass sie eine günstigere Wohnung suchen. In Talgemeinden sollen Bedürftige, die allein leben, eine Wohnung für 700 Franken im Monat finden. Das scheint fern jeder Realität.

Uli Truffer sagt: «Es gibt ein Bundesgerichtsurteil, das besagt, wenn es in einer Gemeinde ein Wohnobjekt zu diesem Preis gibt, darf dieser Betrag als Richtpreis angenommen werden.» Aber er relativiert. Wenn denn so günstige Wohnungen auf den Markt kommen würden, könne man sich vorstellen, was für eine Wohnqualität sie bieten würden. In Bergdörfern seien die Preise meistens noch etwas

tiefer, aber auch dort zeigt sich die Verknappung der verfügbaren Wohnungen. Wenn Sozialhilfeempfänger sich gezwungen sehen, eine Talgemeinde zu verlassen, weil es in einem Bergdorf eine günstigere Wohnung gibt, hat das Konsequenzen, die sich auf die Betroffenen nicht immer positiv auswirken. «Bei einem Umzug in eine andere Gemeinde verlieren Bedürftige oftmals ihr soziales Umfeld.»

Umzug heisst oft Verlust des sozialen Umfelds

Für Familien mit schulpflichtigen Kindern ist ein solcher Umzug ebenfalls schwierig», sagt Jasmine Gnesa. Umzugskosten, Fahrspesen müssten bei einem Umzug in eine günstigere Wohnung ebenfalls berücksichtigt werden. Ansonsten sei die billigere Miete schnell kompensiert durch zusätzliche Ausgaben. «Es gilt festzuhalten, dass die Niederlassungsfreiheit auch für Sozialhilfeempfänger gilt», sagt Uli Truffer.

Truffer wünscht sich mehr Prävention in der Oberwalliser Wohnhilfe: «Ziel der Wohnhilfe sollte sein, den Weg zum Sozialamt zu vermeiden. Dafür müssten sich aber Menschen, die wegen der hohen Mieten in finanzielle Nöte geraten, frühzeitig von Fachpersonen beraten lassen können.» Es sei noch zu wenig bekannt, dass man sich auch an das SMZO wenden könne, wenn man keine Sozialhilfe beziehe. Dabei stünden dort Fachleute zur Verfügung, die Betroffene z.B. im Umgang mit finanziellen Problemen beraten könnten. «Alle Mitarbeiter sind an das Amtsgeheimnis gebunden. Da dringen keine Informationen nach aussen», sagt Uli Truffer.

Jasmine Gnesa ist bei den Recherchen zu ihrer Masterarbeit auf Modelle anderer Kantone gestossen. «Der Kanton Basel bezahlt an Bedürftige einen sogenannten Mietzinsbeitrag, damit Haushalte aufgrund der hohen Miete erst gar nicht



Besichtigungen oft ohne Aussicht auf Erfolg.

Symbolbild: Keystone

behörde ihrer Gemeinde. Dieser liege 2000 Franken über dem Vermögensfreibetrag von 4000 Franken.

Lisa M. muss nun das Auto verkaufen und mit dem Erlös bezogene Leistungen der Gemeinde zurückzahlen. «Mit dem Verkauf des Autos verliere ich meine letzte Freude. Dann werde ich in meiner Wohnung sitzen und halb verrückt werden», sagt sie. Vielleicht lande sie dann in der Psychiatrie. Ob das für die Allgemeinheit günstiger sei, bezweifle sie.

Die Wohnung von Lisa M. ist blitzblank. Kein Krümelchen, kein Stäubchen ist zu sehen. «Meine Wohnung sauber zu halten und gepflegt auszusehen, ist mir wichtig. Das hat mit Würde zu tun», sagt sie. Überflüssige Gegenstände gibt es in ihrer Wohnung nicht. Alles, was da steht, hat einen Zweck. «Der einzige Luxus ist mein Smartphone. Aber wie sonst soll ich Wohnungen suchen, wenn ich keinen Zugang zum Internet hätte?», fragt sie. Lisa M. lebt allein. «Es ist ja nicht so, dass man keine Gefüh-

le mehr hat, nur weil man arm ist», sagt sie. Aber eine Partnerschaft einzugehen, sei für sie nicht möglich. «Ich würde mich sofort in ein Abhängigkeitsverhältnis begeben. Denn ich könnte ja keinen Ausflug, kein Mittagessen, keinen Kinobesuch selbst bezahlen.» Abhängig von einem Mann sein, das wolle sie auf keinen Fall. Das wäre für sie eine ungute Situation.

So verbringt sie die Abende allein zu Hause und schaut fern. Dokumentationsfilme über Tiere oder Land-

schaften mag sie am liebsten. «Ich muss aufpassen, dass ich nicht ins Grübeln komme», gibt sie offen zu. Lisa M. erlebte auch, wie sich Kolleginnen und Familienmitglieder von ihr abwandten. «Als sie erfahren haben, dass ich Sozialhilfe beziehe, wollten sie keinen Kontakt mehr mit mir. Das ist bitter», sagt sie.

Lisa M. hat inzwischen drei Wohnungen aufgelistet, für die sie sich bewerben will. Die billigste Wohnung, die sie gefunden hat, kostet 1300 Franken

Miete im Monat. Die Altwohnung befindet sich weit entfernt von ihrem jetzigen Wohnort im Tal. «Einen Umzug in eine andere Gemeinde würde ich in Kauf nehmen. Aber wenn ich bei Bewerbungen nach meinem Arbeitgeber gefragt werde, habe ich keine Chance», weiss Lisa M. aus Erfahrung. Wohnungseigentümer würden ihre Wohnungen lieber jemandem vermieten, der ein gutes Einkommen ausweisen könne.

«Bitte sehen Sie mir nach, dass ich mir manchmal Fragen

stelle, wenn ich sehe, welche Hilfen Menschen aus der Ukraine in Anspruch nehmen können», sagt Lisa M. Sie wolle nicht eine Gruppe Bedürftiger gegen eine andere ausspielen. «Aber wenn für Menschen aus der Ukraine Wohnungen zur Verfügung gestellt und allerhand Leistungen bezahlt werden, müsste das doch auch für Menschen wie mich möglich sein, die ihr ganzes Leben hier gearbeitet und Sozialabgaben geleistet haben», sagt sie.

Kaum Möglichkeiten, Situation zu verbessern

«Für die Zukunft sehe ich wenig Möglichkeiten, meine Situation zu verbessern», sagt Lisa M. Sie hätte sich früher nie vorstellen können, eine Sozialhilfeempfängerin zu werden. «Ich bin durch die Folgen eines Unfalls in diese Situation geraten. Ich habe mir das nicht ausgesucht», betont sie. Lisa M. hofft jetzt auf einen Bescheid der Invalidenversicherung. Ob sich ihre Situation dadurch massgeblich verbessern wird, wisse sie aber auch nicht.

Lisa M. blickt auf die Wohnungsliste, die sie Ende Monat abgeben muss. Da stehen nach langer Suche erst drei Einträge. Es fehlen noch sieben Nachweise ihrer Wohnungssuche.

«Ich ernähre mich vorwiegend von Bananen, Kartoffeln und Polenta.»

Lisa M.
Sozialhilfeempfängerin

in die Sozialhilfe fallen.» Der Kanton Wallis bräuchte auch ausserhalb der Sozialhilfe finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten, damit neben dem Gang zum Sozialamt eine Wohnungs- oder Obdachlosigkeit vermieden werden könnte, ist Jasmine Gnesa überzeugt.

Denn wenn eine Person oder eine Familie ihre Wohnung verliere, könne der Sozialdienst keine direkte Notunterkunft vermitteln. Die bis heute andauernde Praxis verlange, dass Hotelzimmer oder Ferienwohnungen als Übergangslösungen gebucht werden müssen. «Diese Lösung bringt aber enorm hohe Wohnkosten für die Sozialhilfe mit sich. Da wäre es doch vernünftig abzuklären, ob in einigen Fällen die Übernahme eines überhöhten Mietzinses durch die Sozialhilfe nicht sinnvoller wäre, als eine Obdach- oder Wohnungslosigkeit zu riskieren», sagt Jasmine Gnesa.

Die Hemmschwelle sei für viele Menschen gross, sich an das SMZO zu wenden und mitzuteilen, dass die finanziellen Mittel nicht mehr ausreichen, um die Miete zu bezahlen.

«Es gibt Menschen, die sogar an der Grenze des Exis-

tenzminimums leben, aber den Schritt zum Sozialdienst scheuen», sagt Uli Truffer. Zwischen 20 und 60 Prozent der Sozialhilfe-Anspruchsberechtigten in der Schweiz würden die Hilfe aus Scham und anderen Gründen nicht in Anspruch nehmen.

Welttag für die Beseitigung der Armut

Der 17. Oktober ist seit 1992 durch die Vereinten Nationen offiziell als «Internationaler Tag für die Beseitigung der Armut» anerkannt. In aller Welt, auch in der Schweiz und im Wallis, setzen sich Menschen dafür ein, damit an diesem Tag diejenigen Personen ihre Stimme erheben können, die die Armut an den Rand der Gesellschaft drängt. Indem Sie sich ihrer Hoffnung auf eine gerechtere Gesellschaft anschliessen, tragen Sie mit ihnen dazu bei, dass diese Hoffnung Wirklichkeit wird.

Sozialdienst SMZO

Der Sozialdienst des SMZO befindet sich an der Überbühlstrasse 10 in Visp. Informationen und Kontakt unter: www.smzo.ch



Jasmine Gnesa und Uli Truffer stellen fest, dass Sozialhilfeempfänger auf dem Wohnungsmarkt Mühe haben.

Bild: pomona.media